Antrag 46/I/2022
AfB Berlin
Der Landesparteitag möge beschließen:

Schulstraßen-Konzept nach Wiener Vorbild

Zur Erhöhung der Schulwegsicherheit an Berliner Schulen fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat sowie die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus auf, sich dafür einzusetzen, dass in Berlin das Schulstraßen-Konzept nach Wiener Vorbild einführt und etabliert wird.

Zunächst soll das Konzept in Form eines Modellprojektes in Pankow, dem größten Schulbezirk Berlins erprobt und entwickelt werden.

Um die Einführung von Schulstraßen zu ermöglichen, muss auf Landesebene eine entsprechende Rechtsgrundlage für temporäre Fahrverbote vor Schulen im Berliner Mobilitätsgesetz geschaffen werden. Des Weiteren soll eine Bundesratsinitiative zur entsprechenden Änderung der Straßenverkehrsordnung gestartet werden. Wir fordern zudem unsere sozialdemokratischen Mitglieder im Bundestag auf, sich dafür einzusetzen

Begründung
Die Erhöhung der Schulwegsicherheit ist eines der Ziele des Berliner Mobilitäts-Gesetzes. Dabei geht es insbesondere darum, Verkehre, wie z.B. Elterntaxis, rund um Schulen zu minimieren, um so die Verkehrssicherheit für Schülerinnen und Schüler auf ihrem Schulweg zu erhöhen.

Besonders am Morgen und am Nachmittag ist das Verkehrsaufkommen vor den Berliner Schulen oft sehr hoch. Dieses Problem stellt sich allerdings nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen großen Städten. So hat Wien im Jahr 2019 die „Schulstraße“ ins Leben gerufen, evaluiert und weiterentwickelt.

Auf Schulstraßen gilt an Schultagen 30 Minuten vor Schulbeginn und/oder nach Unterrichtsende ein Fahrverbot für Kraftfahrzeuge. Zusätzlich zu den Fahrverbot-Schildern, die auf die „Schulstraße“ aufmerksam machen, wird der Straßenabschnitt während des Zeitraums abgesperrt.

Die Erfahrungen mit dem Schulstraßen-Projekt haben die Verkehrssicherheit vor Schulen deutlich erhöht. Das Konzept der Schulstraße bietet auch für Berlin die Möglichkeit, zielgerichtet und effizient die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern auf dem Schulweg zu erhöhen.

Empfehlung der Antragskommission
Annahme (Konsens)